

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis 2,50 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Mayer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Eichbremer, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16. Am Köpplischen Baet 2.

Inserate für die viergewaltene Weltzelle oder deren Raum 1,50 Mk.
Arbeitsvermittlungen 75 Pf.
Verbandsangelegenheiten 50 Pf.

Die Teuerung.

Das neue Jahr hat mit einer empfindlichen Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel gar vielversprechend angefangen. Um die Landwirte zu bewegen, ihre Lieferungspläne zu erfüllen, sind ihnen beträchtliche Prämien zugewilligt worden. Diese Liebesgaben an die Landwirte sind keine ganz neue Einrichtung. Man hat sie schon vor dem Kriege gekannt, und während des Krieges hat man in Gestalt von Schnelllebensprämien und unter verschiedenen sonstigen Bezeichnungen den Landwirten sehr ansehnliche Erntegelder zu den durchaus nicht niedrig bemessenen Preisen für ihre Erzeugnisse zugewilligt. Es sei gern zugegeben, daß die Erzeugungskosten in der Landwirtschaft eine bedeutende Steigerung erfahren haben, aber diese sind bei der amtlichen Preisfestsetzung hinreichend berücksichtigt worden. Die Tatsache steht fest, daß sich die Landwirtschaft während des Krieges sehr „gesund“ gemacht hat. Dazu hat der Schleichhandel nicht wenig beigetragen. Der Verschönerung, durch die Verleserung des Schleichhandels weit höhere Gewinne einzuheimsen, als bei der Erfüllung der Lieferungspläne, dürften wohl nur wenige Landwirte widerstanden haben.

Im Kampf gegen Schiebertum und Schleichhandel ist viel Energie aufgewendet worden. Der republikanischen Regierung insbesondere kann man nicht nachsagen, daß sie es in diesem Kampfe an Eifer hätte fehlen lassen. Aber alle Mittel haben sich als unwirksam erwiesen, die Pest des Schleichhandels auszurotten. Will man nicht die Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung auf das höchste gefährden, dann muß ein neuer Weg gesucht werden, um die Produzenten zur Erfüllung ihrer Ablieferungspläne anzureizen. Diesen Weg glaubt die Regierung in den gestaffelten Ablieferungsprämien gefunden zu haben. Die Verordnung, die mit Zustimmung des Volkswirtschaftsausschusses der Nationalversammlung erlassen wurde, bestimmt, daß jeder Landwirt, der mehr als 70 Prozent seines Lieferungsolls an Brotgetreide und Gerste abliefern, für das Mehr der Ablieferung eine Prämie erhält. Diese beträgt für jeden Zentner 2 Mk. Liefern er mehr als 80 Prozent seines Pflichtteils ab, dann steigt die Prämie auf 4 Mk., bei 90 Prozent beträgt sie 6 Mk., bei 95 Prozent 8 Mk.; wer seine Lieferungspläne voll erfüllt, erhält pro Zentner eine Prämie von 10 Mk., und wer noch mehr abliefern als seinen Pflichtteil, erhält bei Ablieferung von 110 Prozent eine Prämie von 15 Mk. pro Zentner. Diese Prämie wird nicht nur für die Wechsellieferung, sondern für die gesamte abgelieferte Menge gezahlt.

Etwas abweichend ist die Ablieferungsprämie bei den Kartoffeln geregelt. Wer mehr als 50 Prozent des Lieferungsolls abliefern, erhält für jeden weiteren Zentner 2 Mk. Für die über 50 Prozent des Lieferungsolls abgelieferte Menge beträgt die Prämie 2,50 Mk., sie steigt dann weiter bei je 10 Prozent des Lieferungsolls um weitere 50 Pf. Wer sein Lieferungsoll überschreitet, erhält für jeden überschüssigen Zentner 5 Mk. Prämie. Im Gegensatz zu der Getreideprämie, die für die gesamte abgelieferte Menge gezahlt wird, bleiben die ersten 50 Prozent des Lieferungsolls bei den Kartoffeln prämienfrei.

Dieser Regelung liegt der Gedanke zugrunde, daß der Erzeuger, angereizt durch die steigende Prämie, lieber seiner Lieferungspläne genügen wird, als seine Erzeugnisse dem Schleichhandel zuzuführen. Ob dieser Erfolg auch wirklich erzielt werden wird, steht freilich dahin. Es ist auch denkbar, daß der Schleichhandel die Ablieferungsprämie überbieten wird. In diesem Fall wird eben der Schleichhandelspreis steigen, und die Schleichhändler werden um so glänzendere Geschäfte machen, je schlechter die Konsumenten infolge der unerfüllten Lieferungspläne der Landwirte beliefert werden. Der Konsument muß in jedem Fall bleibend, denn der Betrag der Prämie wird auf den Preis des Mehles und der Kartoffeln geschlagen. Zugleich kommt auch der Reichszuschuß, der bisher den Gemeinden zur Verbilligung des Brotes gezahlt wurde, in Fortfall. Das bewirkt, daß das Brot um etwa die Hälfte teurer wird. Zum Trost wird uns gesagt, daß wir bei dieser Regelung immer noch besser fahren, als wenn wir Mehl aus dem Ausland einführen und das Drei- und Vierfache des bisherigen Preises zahlen müßten. Das ist aber ein schwacher Trost, denn uns fehlt die Sicherheit, daß die Notwendigkeit der Mehleinfuhr nicht dennoch eintreten wird.

Es bleibt aber nicht bei der Verteuerung von Brot und Kartoffeln, auch andere Lebensmittel steigen rapid an Preise. So z. B. der Zucker. Dementsprechend ist bereits der Kleinhandelspreis für Marmelade auf 3,24 Mk., für Kirschbonbon auf 3,70 Mk. festgesetzt worden. Als ganz selbstverständlich ist anzunehmen, daß in ähnlicher Weise auch die Preise für alle anderen landwirtschaftlichen Erzeug-

nisse steigen werden, schon um das Verhältnis zwischen den Preisen der verschiedenen Waren herzustellen. Unabhängig davon wird eine beträchtliche Steigerung der Preise für Eisen und Kohle vorbereitet, und sie dürfte demnach durchzuführen werden. Das wirkt automatisch auf die Preise für alle Industrieerzeugnisse, die in mehr oder weniger starkem Maße von den Kohlen- und Eisenpreisen abhängen.

Während die Regierung versucht, dem Schleichhandel durch die Ablieferungsprämien das Wasser abzugruben, hat sie es zugleich unternommen, diesem Krebsgeschwür direkt zu Leibe zu gehen durch die Verordnung über die Wuchergerichte. Die Strafen für Wucher und Schleichhandel sind beträchtlich verschärft, und durch die Einschaltung besonderer Gerichtshöfe wird dafür Sorge getragen, daß Verstöße gegen die Bestimmungen eine rasche Sühne finden. Die Strafen für Schleichhandel und Preisstreiberi waren bisher schon hoch, es konnte auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mk. und Gefängnis bis zu fünf Jahren, im dritten Wiederholungsfall auch auf Zuchthausstrafe erkannt werden. Nach den neuen Bestimmungen kann unter Umständen schon im ersten Fall auf Zuchthaus erkannt werden, und die Urteile der Wuchergerichte sind endgültig und sofort vollstreckbar. Durch diese Einrichtung fühlen sich die Gastwirte in ihrer Existenz bedroht. Sie glauben, ohne Inanspruchnahme des Schleichhandels ihren Geschäftsbetrieb nicht aufrechterhalten zu können. Um die Aushebung oder wenigstens die Abschwächung der Verordnung zu erzwingen, haben die Gastwirte in Berlin kurz vor Weihnachten einen zweitägigen Streik durchgeführt. Es wird gedroht, diesen Streik zu wiederholen, und auch in anderen Städten wollen die Wirte dem Beispiel ihrer Berliner Kollegen folgen. Erfreulicherweise ist die Regierung in dieser Frage fest geblieben. Schleichhandel und Lebensmittelwucher haben sich zu einem Uebel ausgewachsen, gegen welches im Interesse der Bevölkerung mit den härtesten Mitteln vorgegangen werden muß. Für das zahlungsfähige Publikum wird es zwar etwas beschwerlich werden, wenn es sich nicht mehr in den Hotels und in den vornehmen Gasthäusern in bequemer Weise mit Nahrungsmitteln über die zugeleitete Nation hinaus versorgen kann, aber die breite Masse des Volkes kann es nur begrüßen, wenn mit dieser Privilegienwirtschaft endlich ausgeräumt wird.

So sehr auch das energische Vorgehen der Regierung gegen Schleichhandel und Wucher zu begrüßen ist, so hilft uns das nicht über die Tatsache hinweg, daß sie mit der Bewilligung der Ablieferungsprämien den Anstoß zu einer Verteuerung der Lebensmittel gegeben hat, die weittragende Folgen zeitigen dürfte. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Verteuerung nicht auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden kann, das ist um so weniger angängig, als seither schon die Verteuerung der Lebenshaltung weit stärker ist, als die Steigerung der Löhne. Mit dieser Frage hat sich der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft am 23. und 24. Dezember beschäftigt und als Ergebnis der Aussprache den folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Reichsregierung hat sich, um die Ernährungswirtschaft aufrechtzuerhalten, in Übereinstimmung mit dem Vierten Ausschuß der Nationalversammlung genötigt gesehen, den Landwirten Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Kartoffeln in dem durch die Verordnung vom 16. Dezember 1919 vorgesehenen Umfang zu gewähren.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands erkennt an, daß die hierdurch hervorgerufene Verteuerung dieser wichtigen Nahrungsmittel von den Arbeitern und Angestellten nicht getragen werden kann. Sie hält es deshalb für dringend notwendig, daß dieser ziffernmäßig festzustellende Ausgleich von den Arbeitgebern ab 1. Januar 1920 getragen wird.

Diese Feststellungen sind ohne Verzug von den beiderseitigen Organisationen regional einheitlich zu treffen. Da es sich um eine Verteuerung der unentbehrlichsten Nahrungsmittel handelt, trifft diese den Erzhörer einer Familie härter als den Alleinlebenden. Die außerordentliche Zulage soll darum nach der Kopfzahl der vom Arbeitnehmer zu versorgenden nicht selbständig erwerbstätigen Familienangehörigen bemessen werden; sie soll jedem Arbeitnehmer — unabhängig von den Tarifverträgen — die Möglichkeit verschaffen, den durch die Neuverordnung hervorgerufenen Mehraufwand zu bestreiten.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer stimmen darin überein, daß durch die Übernahme dieser Teuerungszulagen der Industrie neue Milliardenlasten aufgebürdet werden. Erhöhte Produktionskosten können aber nur durch erhöhte Produktionen ausgeglichen werden; soll eine weitere Steigerung der Preise aller Fertigfabrikate in Deutschland verhindert werden, muß jeder Schaffende seine Pflicht bis aufs Letzte erfüllen. Damit ist anerkannt, daß die Verteuerung von Brot und Kartoffeln durch eine Erhöhung der Löhne wettgemacht

worden soll. Von dem Beschluß im Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft bis zur Durchführung in den einzelnen Betrieben ist aber noch ein weiter Weg, und es läßt sich voraussehen, daß es noch einer starken Nachhilfe durch die Gewerkschaften bedürfen wird, um die als notwendig anerkannte Lohnerhöhung auch zur Tat werden zu lassen.

Nach dem Beschluß soll ziffernmäßig festgestellt werden, wie hoch der Ausgleich für die Verteuerung von Brot und Kartoffeln zu bemessen ist. Wird buchstabengetreu nach diesem Beschluß gehandelt, dann sind Unzuträglichkeiten unausweichlich. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß sich die Verteuerung von Brot und Kartoffeln automatisch auf alle anderen Lebensmittelbedürfnisse überträgt. Um den Ausgleich zu schaffen, wird also eine beträchtlich höhere Lohnerhöhung notwendig sein. Wir bringen den Unternehmern nicht das Vertrauen entgegen, daß sie freiwillig das erforderliche Entgelt kommen lassen. Die Gewerkschaften werden sehr energisch auftreten müssen, um den Arbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen.

Im letzten Absatz der Resolution wird von den Milliardenlasten gesprochen, welche durch diese Teuerungszulagen der Industrie aufgebürdet werden. Durch Steigerung der Leistungen sollen die Arbeiter eine Steigerung der Preise der Fertigfabrikate verhindern. Auch wir sind der Meinung, daß mit der möglichsten Intensität gearbeitet werden muß, um die Produktivität der Industrie zu heben. Ob aber ein solcher Appell in diesem Zusammenhang durchaus notwendig war, kann doch bezweifelt werden. Daß die ausgemergelten und unterernährten Arbeiter nicht die gleiche Leistungsfähigkeit besitzen, wie in der Vorkriegszeit, ist ohne weiteres zuzugeben, aber bei näheren Untersuchungen hat sich noch immer ergeben, daß das Gerede von der Faulheit und der Arbeitsunlust der Arbeiterschaft im allgemeinen der Berechtigung entbehrt. Aber auch die Worte von den der Industrie aufgebürdeten Milliardenlasten nehmen wir nicht ernst. Die Unternehmer werden die Lohnerhöhungen, ebenso wie die neuen Steuerlasten auf die Konsumenten abwälzen. Das spüren wir jetzt schon, und wir werden es noch stärker zu spüren bekommen. Deshalb müssen wir mit aller Entschiedenheit für eine ausreichte Erhöhung der Löhne eintreten. Dabei verkennen wir keineswegs, daß die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung und die dadurch bedingte Steigerung der Löhne im Grunde nur die Wirkung hat, daß immer größere Mengen Papiergeld in Umlauf gesetzt werden, wodurch unsere Valuta immer tiefer gedrückt wird. Das ist ein unerwünschter Zustand, aber es liegt nicht in unserer Macht, einen Ausweg aus diesem bösen Kreislauf zu finden. Jedenfalls müßten wir uns mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, wenn man etwa versuchen sollte, auf Kosten der Arbeiter eine Kur an unsemern kranken Wirtschaftskörper vorzunehmen.

Als einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt gegen früher ist es immerhin zu buchen, daß die im Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft vertretenen Führer der Unternehmerorganisationen die Berechtigung einer Lohnerhöhung aus Anlaß der Teuerung grundsätzlich anerkannt haben. Aber die Erklärung hat im Grunde nicht viel mehr als platonischen Wert. Wo die Arbeiter nicht sehr energisch ihr Recht fordern, wird man versuchen, die Lasten des neuen Teuerungszulages auf ihre Schultern abzuladen. Die nächste Zeit wird den Gewerkschaften reichlich Arbeit bringen; sie wird aber auch ganz besonders geeignet sein, denen, die noch draußen stehen, zum Bewußtsein zu bringen, wie notwendig die gewerkschaftliche Organisation ist.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie.

November 1919.

Die Einstellung des Personenverkehrs in der Zeit vom 5. bis 15. November hat, wie das „Reichsarbeitsblatt“ feststellt, die erhoffte Wirkung nicht gebracht. Zwar hätten die Staatsbahnen eine Aufbesserung ihrer Kohlenvorräte vornehmen können, aber die übrigen Verbraucher, allen voran die Industrie, hätten das Nachsehen und erfahren, wie die Süntzengehen, zum Teil sogar weitere Kürzungen ihrer Verbrauchsteilnahmen; erhebliche Betriebseinschränkungen mit den für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Werke so drückenden Feierlichkeiten waren die unmittelbare Folge. Umfangreiche Betriebsstillsetzungen und Massenentlassungen von Arbeitern drohen in naher Zukunft. Das ist um so bedauerlicher, als die Fehl und der Umfang der Auslandsaufträge in dauerndem Steigen begriffen ist. Eine weitere Verschärfung der Lage durch den andauernden Kohlenmangel und die noch immer nicht enden wollenden Streiks. Aus den geschichtlichen Gründen hat sich die Lage des Arbeitsmarktes im Berichtsmonat weiter verschlechtert.

Im Gegensatz zu diesem allgemeinen Bild wird die Lage in der Holzindustrie als unverändert günstig geschildert. Im

folgte des geringen Angebots bei stürmischer Nachfrage stiegen die Preise auf dem Rundholzmarkt immer weiter. Der Ausfall der Zufuhr aus Polen macht sich bereits geltend, ebenso durch die ungenügende Valuta bedingte Rückgang des Einfuhrgeschäfts aus Schweden. Die Zufuhr von Rund- und Schnittholz aller Art, hierunter Erbsen- und Papierholz, ferner von Brennholz ist bis auf weiteres grundsätzlich gesperrt.

Aus den einzelnen Industriezweigen wird auf Grund der Angaben der Unternehmer mitgeteilt, daß die Säge- und Hobelwerke eine sehr gute Beschäftigung hatten. Der Preis für Schnittware stieg in Bayern weiter auf 500 Mk. für den Kubikmeter. Die Rundholzbeschaffung bildet in zunehmendem Maße eine Schwierigkeit der Sägewerke. In Bayern ist hauptsächlich durch besondere Anordnungen die Versorgung der einheimischen Sägemühlen sicherzustellen. Die Möbelindustrie hatte einen sehr guten Geschäftsgang, so daß alle Maschinen und Werkstätten voll beschäftigt waren. Der Bedarf an Möbeln besserer Ausführung ist nach wie vor sehr erheblich. Nicht selten besteht bei den Käufern eingeständenermaßen die Neugier, das Geld in Ware anzulegen. Das Ausland fragt viel an, kauft aber nicht, das Valutausgleich gefordert wird. Die Faloufelfabriken berichten über befriedigenden Geschäftsgang. Die Holzplaster herstellenden Betriebe waren ausreichend beschäftigt. Die Korbmöbelindustrie hatte guten Umsatz. Der Vormonat nach eine Steigerung aufweisend. Die Schirm- und Stofelbrände hatte wie im Vormonat gut zu tun.

Bei der vom Deutschen Holzarbeiter-Verband veranstalteten monatlichen Erhebung über den Beschäftigungsgrad in einer Reihe von Großbetrieben wurden im Monat Oktober wieder 138 Betriebe erfaßt. Das Ergebnis für die einzelnen Zweige des Gewerbes zeigt die folgende Tabelle:

Table with 10 columns: Berufszweig, Beschäftigte im Monat, Beschäftigte im Vormonat, etc. Rows include Möbel, Bau und Möbel, etc.

Diese Zahlen zeigen wiederum eine Besserung sowohl hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten als auch in bezug auf den Beschäftigungsgrad. Aus der nachfolgenden Zusammenstellung ist ersichtlich, wieviel von je 100 Beschäftigten eines Berufszweiges auf Betriebe mit sehr gutem, gutem, befriedigendem und schlechtem Geschäftsgang entfallen.

Table with 4 columns: Berufszweig, November 1919, Oktober 1919, November 1918. Rows include Möbel, Bau und Möbel, etc.

In einzelnen Geschäftszweigen zeigen die Zahlen ziemlich starke Verschiebungen. So hat sich in der Bau- und Möbelfabriken die Zahl der bei sehr gutem Geschäftsgang beschäftigten Arbeiter beträchtlich vermindert, während umgekehrt auf Bau eine ebenfalls beträchtliche Zunahme der sehr gut Beschäftigten eingetreten ist. Ähnliche Verschiebungen zeigen auch andere Berufszweige. Man darf diesem Umstand keine zu große Bedeutung beimessen, denn es gibt kein objektives Merkmal für die Einordnung der Betriebe in die hier in Betracht kommenden vier Klassen. Daher vergleichbar sind die Ergebnisse dieser Erhebung, wenn man die Betriebe mit sehr gutem und gutem Geschäftsgang zusammenfaßt. Dann ergibt sich, daß in solchen Betrieben 74,5 Prozent der ersten Arbeiter beschäftigt waren, gegen 73,8 Prozent im Oktober und nur 39,1 Prozent im November 1918.

Bei der Zählung der Arbeitslosen in den Gewerkschaften Ende November 1918 waren 4528921 Gewerkschaftsmitglieder erfaßt worden, von denen 2,9 Prozent arbeitslos waren. Ende Oktober betrug die Arbeitslosigkeit nur 2,6 Prozent. Auch in der Holzindustrie hat sich die Arbeitslosigkeit von 1,7 Prozent Ende Oktober auf 1,3 Prozent Ende November gewandelt. Dieser zeigt der Christliche Holzarbeiter-Verband mit 31931 bei der Zählung erfaßten Mitgliedern, von denen 34 oder 0,3 Prozent arbeitslos waren. Der Gewerkschaftsverband der Holzarbeiter (S.D.) gibt seine Mitgliederzahl Ende November auf 6726 an. Bei der Zählung wurden 2660 erfaßt, darunter 45 Arbeitslose oder 0,8 Prozent. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband zählt

350.188 Mitglieder. Bei der Zählung wurden 344.240 Mitglieder, darunter 10.937 weibliche, erfaßt. Am Monatschluß waren 4017 männliche und 580 weibliche arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit betrug demnach bei den männlichen Mitgliedern 1,4 Prozent, bei den weiblichen 1,5 Prozent. Zusammen gerechnet 1,4 Prozent gegen 1,2 Prozent Ende Oktober 1918 und 0,2 Prozent Ende November 1918.

Bei der Veröffentlichung der Arbeitsnachweise ergibt sich im Vergleich mit dem Monat Oktober eine Verminderung der Zahl der Arbeitsuchenden, aber auch ein noch weit stärkerer Rückgang der Zahl der offenen Stellen. In der Holzindustrie hat sich der Andrang der Arbeitslosen im Vergleich zu der Zahl der offenen Stellen bei den Männern etwas gesteigert, bei den Frauen ist er um ein geringes zurückgegangen. Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende:

Table with 2 columns: Alle Gewerbe, Holzindustrie. Rows for November 1918, Oktober 1919, November 1918.

In der folgenden Zusammenstellung geben wir wieder eine Übersicht über die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise im August für die verschiedenen Zweige der Holzindustrie nach den im „Reichs-Arbeitsblatt“ veröffentlichten Berichten.

Table with 4 columns: Arbeiter, Offene Stellen, Befreite Stellen, etc. Rows include Tischler, Bodenleger, etc.

Die Veränderungen gegenüber dem Vormonat sind nicht erheblich; im allgemeinen kann die Lage im Holzgewerbe als recht günstig bezeichnet werden. Das wird auch durch die Einzelberichte der Arbeitsnachweiseverbände bestätigt. Soweit in ihnen die Holzindustrie besonders erwähnt ist, geben wir nachstehend das Wesentlichste wieder. In Ostpreußen hat sich die Nachfrage nach Tischlern verdoppelt, während die Zahlen der Arbeitsuchenden und der befreiten Stellen keine Veränderung erfahren haben. In Westpreußen war gegen den Oktober eine leichte Besserung festzustellen. In Pommern konnte die Nachfrage nach tüchtigen Möbelschreibern bei weitem nicht befriedigt werden. In Schlesien ist der Mangel an Tischlern und Drechslern noch immer nicht behoben. In Groß-Berlin hielt der Mangel an Facharbeitern für Herren- und Speisezimmermöbel an. Regere Nachfrage herrschte nach Stellmachern. In der Provinz Brandenburg herrschte dauernd Bedarf an Facharbeitern, vornehmlich an Möbelschreibern. In der Provinz Sachsen und Anhalt dauerte die starke Nachfrage nach Tischlern und Stellmachern weiter fort. In Freistaat Sachsen hat sich die Nachfrage nach Facharbeitern verstärkt, so daß die Zahl der Arbeitslosen wesentlich zurückgegangen ist. Die offenen Stellen für Facharbeiter in der Möbelfabrik konnten zum Teil nicht besetzt werden. In dem Bericht aus Thüringen wird gemeldet, daß sich ein leichtes Überangebot offener Stellen für die männlichen Berufe zeigte, während sich bei den Frauen Angebot und Nachfrage ungefähr die Wage hielten. Es fehlt insbesondere an gelernten Bau- und Möbelschreibern. In der Schmöllner Knopfindustrie konnte der Bedarf an weiblichen Arbeitskräften nicht immer gedeckt werden. Aus Hannover, Braunschweig und Schaumburg wird berichtet, daß der Mangel an Facharbeitern, wie Tischlern jeder Art, Drechslern und Holzbildhauern, nicht annähernd behoben werden konnte. In Oldenburg besteht Nachfrage nach Tischlern, besonders Möbelschreibern. In Bremen werden Möbelschreiber und Stellmacher dauernd verlangt. In Schleswig-Holstein reichte das Angebot weiterhin bei weitem nicht aus, die vorhandenen offenen Stellen zu besetzen. In dem Bericht aus Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck heißt es: „Das Holzgewerbe, das nun schon seit Monaten dauernd mit Arbeitsüberfluß ist, wird von der allgemeinen Kohlennot herabgemindert wenig in Mitleidenschaft gezogen. An Möbelschreibern ist in Cassel, Frankfurt, Gießen, Groß-Gerau, Hebra und Limburg ein empfindlicher Mangel vorhanden; eine Stuhlfabrik in Wingen suchte eine Anzahl Stuhl- und Stuhlbauer.“ In dem Bericht aus Westfalen und Lippe heißt es: „Der Bedarf an Facharbeitern, besonders an Holzbildhauern, Stellmachern und Tischlern, konnte kaum verringert werden, da es auch in anderen Gebieten an diesen Arbeitskräften mangelt.“ Aus Bayern wird berichtet, daß die Rohwareindustrie gut beschäftigt und der Absatz befriedigend war. Die Sägewerke hatten genügend Aufträge, die Arbeitsmöglichkeit wurde aber durch Bogenmangel empfindlich erschwert. Im Holzgewerbe war die Lage für die Arbeitsuchenden ebenso befriedigend wie im Oktober; es fehlt u. a. vielfach an Möbelschreibern. In München erreichte die Zahl der offenen Stellen im Schreinerhandwerk den höchsten Stand dieses Jahres. In Baden war an den meisten Plätzen stets Bedarf an tüchtigen Möbelschreibern.

Ein gefährliches Spiel.

Unter dieser Überschrift wird in Nr. 52 der Holzarbeiter-Zeitung die Aufschrift eines süddeutschen Kollegen veröffentlicht, die von allem andern, nur nicht von Sachkenntnis getrieben ist. Demagogie — andern vorgeworfen — ist ihr Leitmotiv. Wer nicht auf das Programm der Reichssozialisten und ihr Tun in der Regierung schwört, ist ein Verräter an der Arbeiterklasse und nur bestrebt, die Reaktion wieder in den Sattel zu heben. Über die Ursachen des wirtschaftlichen Niederganges in Deutschland scheint sich der liebe Kollege noch keine Kopfschmerzen gemacht zu haben. Nach seiner Ansicht wird derselbe nur herbeigeführt durch die vielen Streiks, in welche die Arbeiterklasse durch die unabhängig-kommunistischen Geher hineingetrieben wird.

Ich sage aber: Wer anders als die Regierung ist verantwortlich für unsere schlechte Valuta, die es uns nicht ermöglicht, die zur Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft notwendigen Rohstoffe einzukaufen. Nachdem sie monatelang zugehört hat, wie Schieber und Wucherer den Ausverkauf Deutschlands beorgten, denkt sie jetzt endlich daran, Maßnahmen zu treffen, um beim Export deutscher Waren einen Preisausgleich zwischen unserer schlechten Währung und dem Weltmarktpreis zu schaffen. Der Weg, den sie dabei einschlägt, führt zu keiner Erleichterung für die Arbeiterklasse. Nach wie vor wird das exportierende Kapital das Fett abschöpfen, und dem schaffenden Volke soll ein „gewisser Betrag“ für soziale Zwecke bereitgestellt werden. Also erst wird dem Arbeiter durch kapitalistische Maßnahmen das Mark aus den Knochen gesogen, um ihm dann, wenn er stich und arbeitsunfähig ist, mit solchen Mitteln zu helfen. Das steht so recht nach Sozialismus aus.

Da ist es wirklich nicht verwunderlich, daß die Arbeiterklasse auch absolut nicht den Tatsachen, daß die gesamte Arbeiterklasse in der Notendiktatur ihr Mittel sucht. Ein großer Teil der unteren Schichten, Beamte und Kleinbürger hatten durch den Krieg das Vertrauen zur monarchistischen Regierung verloren und gaben bei der Nationalwahl ihre Stimmen der Sozialdemokratie. Ein Millionen Stimmen vereinigte die S. D. auf ihre Platte. Sozialdemokraten wurden Ministerpräsidenten, sogar der Präsident der Deutschen Republik wurde aus der Sozialdemokratischen Partei erwählt. Da hätte schon im Interesse des Sozialismus mehr für die Durchführung des Programms getan werden müssen. Durch die andauernde wirtschaftliche Verschlechterung der unteren Schichten — die Beschäftigten leisten sich nach wie vor alle irdischen Genüsse und haben nach wie vor das Privileg auf die höchsten Stufen durch die Klassenschule — erwarten sie — und mit Recht — auch von dieser Regierung nichts Gutes mehr und fallen in die alte Lehrgänge zurück. So kommt der Sozialismus in Mißkredit, ehe er richtig zur Anwendung kommt. Die bürgerlichen Zeitungen benutzen diese Gelegenheit, um in privatkapitalistischem Sinne auf die ungeschliffenen Elemente einzuwirfen, und bei der großen Zahl dieser zum Teil nur vom kapitalistischen Solbe ausgehaltenen Zeitungen gelingt ihr dies auch wieder.

Mit welchem Eifer sind wir nach der Revolution aufs Land hinausgezogen und haben dem Proletariat die Leiden des Sozialismus verkündet. Die Gewalt Herrschaft der Agrarier und Gutsvorsteher würde verschwinden, und den Landproleten solle ein besseres Dasein beschieden sein. Was ist geschehen? Nichts! Wenn der Landproletarier auch durch das Dasein die Nahrungsfragen nicht so drücken wie den Städter, so ist er doch durch den niedrigen Lohn nicht in der Lage, auch nur etwas von seinen verschliffenen Kleidungsstücken zu erheben. Gutsvorsteher dominieren noch wie vor der Revolution, und die Inspektoren sind die Herrscher über die Arbeiterklasse. Welcher Kontrast besteht in der ärmlichen Hütte des Tagelöhners gegenüber dem herrschaftlichen Wohnhaus. Unter welchen Bedingungen lebt der eine und der andere? Wagt jemand als Vertreter der Organisation die Rechte seiner Mitarbeiter zu vertreten, wird er als Spartakist vom Hof gejagt, und treten seine Arbeitskollegen dann in den Streik, um die Wiedereinstellung zu erlangen, so ist im Handumdrehen der neue Militarismus zur Stelle, um mit Maßsingengewehren die Rebellen zur Arbeit zu treiben. Ist es nicht bezeichnend, daß kürzlich in Berlin ein Vertrauensmann der Arbeiter vom Arbeitgeber mit dem Hund vom Hof gejagt wurde?

Wie verhält es sich nun mit der von dem Kollegen angeführten Aufreizung der Landwirte. Nach seiner Meinung sind die Unabhängigen und Kommunisten schuld, daß die Landwirte ihre Produkte nicht abliefern. Wie er zu diesem Resultat kommt, ist einfach unerkennbar. In vielen Anfragen in Kreis- und Landesversammlungen haben die Unabhängigen die Bevölkerung auf die säumigen Lieferanten aufmerksam gemacht und nachgewiesen, daß es im Westen über die Grenze verschoben wird und im Osten als Auslandsware wieder eingeführt wird. Welches waren die Maßnahmen der Regierung? Sie erhöhte die Preise für landwirtschaftliche Produkte, so daß zum Beispiel der Brotpreis innerhalb eines Jahres um das Doppelte gestiegen ist; andere Produkte zum Teil noch mehr, oder man hob die Zwangswirtschaft auf und verteuerte dadurch den Preis für ein Paar Schuhe von 50 auf 150 Mark. Da waren die Maßnahmen der alten Regierung doch wirksamer. Von ihr wurden den säumigen Ablieferern andre für ihren Haushalt notwendigen Produkte entzogen oder die Selbstversorgung genommen.

Die Folge dieser Preispolitik wird natürlich wieder die Steigerung der Löhne sein müssen. Wie sich die Arbeitgeber dazu verhalten, wird der Kollege wohl auch wissen, wenn er die Vertragsverhandlungen unseres Verbandes mit dem Arbeitgeber Revue passieren läßt. Und wie ist die Situation augenblicklich? Zentrale Verhandlungen — kaum begonnen — scheitern an dem Starrsinn der Unternehmer. Da muß man doch zu der Ansicht kommen: So wie die Wirtschaftspolitik jetzt betrieben wird, bedeutet sie ein Unglück für den größten Teil der Menschheit. Sie führt nicht aufwärts zur Freiheit, sondern unrettbar ins Verderben.

Wer das Bestreben hat, das Beste für die Menschheit zu schaffen und sie aus dem wirtschaftlichen und geistigen Elend zu erlösen — und dies möchte ich auch dem artikelverfassenden Kollegen nicht abprechen —, der kann sich nur die Beschlüsse des internationalen Holzarbeiterkongresses zu eigen machen, die dahin gehen: „Kampf der Ausbeutung der Menschen durch Menschen!“ Die Arbeit ist die Grundlage des Wohlstandes der Nation, sie zu adeln und zur Herrschaft zu bringen, sei unsere Lösung. Dies können wir aber nicht erreichen durch Kompromisse mit kapitalistischen Parteien. Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

F. Albrecht, Josten.

In Nummer 52 der Holzarbeiter-Ztg. öffnete die Redaktion einem süddeutschen Kollegen „ihre Arme“, um durch diesen beweisen zu lassen, daß die radikalen oder mehrfordernden Arbeiter keinen blaffen Schimmer von — nach seiner Meinung — tatsächlich bis jetzt eingetreteneren Verbesserungen für die Arbeiterklasse haben. Auf die in vorwurfsvollem Ton vor vielen Arbeitern gestellten Fragen: Was hat uns die Revolution gebracht, was haben wir jetzt für Freiheiten, wie leben wir jetzt? es ist alles schlechter als vor der Revolution, polemisiert der süddeutsche Kollege und begibt sich auf ein Gebiet

auf welchem es meiner Meinung nach kein „gut Ratscheneisen“ ist. Er, der Kollege schreibt: In gewissem Umfange seien die Klagen, daß nichts nach einem Jahr Revolution erreicht sei, berechtigt. Er vert aber, wenn er meint, daß die Revolution eine bereits vollzogene Tatsache ist.

Es würde zu weit führen, auf alles, was der Kollege schrieb, einzugehen. Ich will vermeiden, auf alle kraftstrogende Traulosigkeit zu reagieren, sondern versuchen zu beweisen, daß der Kollege ganz anscheinend danebengegangen hat, wenn er mit seinen Angriffen auf Kommunisten, Unabhängige und sonstige radikale Arbeiter folgenschwer alle diese Elemente der Demagogie oder sonst was bezichtigt und es nicht nachsehen kann, daß Mehrforderung — Demagogie ist. Doch umgen wir von vorn an. Die Revolution ist nicht erledigt, und war deshalb nicht, weil in einem fast fünfjährigen Krieg alles, was die gesamte Produktion, auf diesen eingestellt war, alles, was irgendwie erreichbar war, ist vergraben worden, in Schutt und Rauch ausgegangen. Fast fünf Jahre sind alle Mittel vergraben worden, damit Menschen totgeschlagen und Werte vernichtet wurden. Und wer, Kollege aus Süddeutschland, hat bewilligt Milliarden über Milliarden?

In der Tat es ist schwer, keine Satire zu schreiben. Während der Kriegszeit starben Millionen Menschen Hunger. Wer denn, Kollege? Proletarier! Kriegsgewinnler wurden dabei fetter. Wer konnte seine Freizügigkeit bewahren? Der Kapitalist. Denn dessen Segen ruhte auf dem soviel einbringenden Halsabschnitten. Dem Arbeiter war durch das Hilfsdienstgesetz in seiner Freizügigkeit ein Nagel vorgeschoben. Er konnte nicht gehen — in den Schlächtereien. Was könnte alles hier gefordert werden. Wer z. B. hat die Gefängnisse gefüllt? Die hierigen, die alles bewilligt. Wundert sich der Kollege da, daß seine Gesinnungsfreunde mit Leuten auf eine Stufe gestellt werden, mit denen man früher Arm in Arm ging und über die heute von den Kollegen der Stab gebrochen wird? Man braucht sich doch gegenwärtig nichts vorzuerstellen.

Der Kollege schreibt: „Weder die Mehrheitssozialisten, noch die Vertretung der Gewerkschaften haben ein Interesse daran, die Arbeiter in dem durch den Krieg und die kapitalistische Ausbeutung herausgeschworenen Elend zu erhalten.“ In der Tat, wenn man solche Argumente bringt, ist jeder „geschlagen“. Setzt den Fall, es hätten feste oppositionelle Organisationen während der Kriegszeit bestanden, ob „man“ deren Leiter reklamiert hätte? Aber lieber Kollege, wäre es nicht eher, man würde der auch noch heute bestehenden kapitalistischen Ausbeutung mittels konsequenten Klassenkampfes zu Leibe gehen, statt mit Hilfe der Arbeitergemeinschaften. Wie will man denn die Verelendung der Arbeiterklasse beseitigen? Mit Hilfe veralteter demokratischer Methoden niemals. Und mittels der Arbeitergemeinschaften wird es auch nicht gelingen, in der Kapitalismus ist ein Wesen, verlorpert durch Personen, welche ein Interesse an Sichbereichern haben. Will man ein Wesen — den Kapitalismus — treffen, muß man die Personen mit allen Mitteln, die der Arbeiterschaft zu Gebote stehen, bekämpfen. Nun hat ja die Arbeiterschaft keine bessere, klarere Waffe als ihre Arbeiterschaft. Verweigert man die Arbeitskraft, dem die sie ausbeuten will, fällt das System. Er dabei mithelfen will, und dieses wird der süddeutsche Kollege wohl nicht ablehnen, muß allerdings zum Mittel des Klassenkampfes greifen und sich nicht von Gefühlswortleitern leiten lassen.

Nun enthält aber der Artikel derart viel Widersprüche, daß mancher Kollege, der denselben liest, sich fragen muß: Wie ist etwas möglich? Erst wird zugegeben, daß die Klagen über Arbeiterelend „in gewissem Umfange berechtigt sind“, nun, nachdem man gehörig auf Kommunisten und Unabhängige herumgepöbelt hat, wird dem Leser der Holzarbeiterzeitung vor Augen geführt, daß doch eigentlich eine alte Forderung der Sozialdemokratie, der zweite Teil des Erklärungsprogramms, heute fast restlos verwirklicht ist. — Da werden er doch die Kollegen sagen: Manul Und werden sich die Augen offen und fragen: Sind wir denn blind? Ich könnte aber in Artikelsschreiber nur raten, sich diese Forderungen im Programm genau durchzulesen, ehe man versucht, andere zu agrieren. Nun will ich aber dem Kollegen eins sagen: Lesen die heutigen russischen Machthaber „nur“ nach dem hundert Program gearbeitet, wäre heute in Rußland die Aktion wieder am Hinder.

Wenn der Artikelschreiber das Wüten der Reaktion in Ungarn als Schlussfolgerung der vorher bestandenen Kataklysmen zum Beweis stellen will, so könnte man mit demselben Rechte Moskau oder Sibirien für die Abschichtung von zehntausend Proletariern während einer einjährigen Revolutionsperiode in Deutschland verantwortlich machen. Es ist geradezu sinnig, derartige Behauptungen aufzustellen. Aber so ist es in mal, lieber bricht man über diejenigen den Stab, die den arbeitenden und darbenenden Massen sagen was ist, die nichts trübsen, als daß man denen, die aus alter Klassenfeindschaft gegen die hungernden Arbeiter vorgehen, ein Haar krümmen. Man könnte ja späterer Sympathien verloren gehen. Eine Tatsache ist es ja, daß heute noch Sozialdemokraten in der ungarischen Regierung sitzen, trotz der wildgewordenen Soldatentat, die gleich Vieh über die ungarischen Arbeiter herfallen.

So kann es doch nicht weitergehen, wie in dem Ton, den der obdeutsche Kollege angibt. Ich gebe zu, daß es noch anständige Elemente unter den weiter rechtsstehenden Arbeitern gibt, denen der Begriff Demokratie keine leere Worte sind. Aber im Tüfel mit einer Demokratie, wenn dieselbe zu nichts nützt da ist, als in einer Periode, wo tatsächlich nichts mehr da ist, wo tatsächlich bloß noch Papierschneide „gegessen“ werden, den Kapitalisten die Möglichkeit gibt, auf Grund dieser famosen Demokratie immer noch ihr Schäfflein ins Trockene zu bringen, Arbeiter und kleine Mann nicht weiß, was er für die paar pennige „verdienten“ Lohn zuerst und zuletzt kaufen soll. Es ist einfach so, der Welt Hunger ist größer, als die auf dem Weltmarkt erscheinenden Lebensmittel und Waren. Und trotzdem den wir drüben die Sucht einzelner Kreise, sich auf Kosten der Armen zu bereichern. Und da wird die Revolution nicht erhaltmachen als bis, ich sage es ruhig, die Drogen der menschlichen Gesellschaft ausgerottet sind.

Wenn da nicht gleich die richtigen Formen gefunden werden, hat keiner das Recht zu sagen: Diktatur ist Blödsinn, Demokratie aber das Heil. Wir werden zur Demokratie der Schaffenden gelangen, wenn — wir heilige österreichische Zustände überwunden haben. Man wird es dann in Deutschland sehen,

daß genau wie in Österreich — nur Proletarier verhungern. Die Arbeiterschaft hat absolut keine Veranlassung einem sterbenden System und dessen Repräsentanten eine Träne nachzuweinen. Es steht ja der kapitalistischen Gesellschaftsklasse frei, sich zur proletarischen Demokratie zu bequemen. Dann brauchen wir keine Diktatur. Aber Kollege aus Süddeutschland, das wird so lange nicht eintreten, als die Unternehmer sich im Besitz der ökonomischen Macht befinden. Diese eintreten, die Macht, an der die Herrschaften mit Klauen und Krallen sich klammern, kann man nur, indem einer geeinten Arbeiterschaft es gelingt, ihren Fuß auf eine geköpfte Hydra zu setzen.

Es ist nicht nötig, daß dieses erst über die „Leiche“ der Reaktion, die sich auf kurze Zeit in den Sattel hob, geht. Ich setze da zu viel Vertrauen in den gesunden Instinkt der Arbeiterschaft — hüten wie drüben — daß es derselben gelingt, sich, einmal in dem Besitz der Macht befindlich, dieselbe mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen wird. Und dieses mit Hilfe der Diktatur.

Rich. Müller, Brandenburg.

Anmerkung der Redaktion: Zu diesem Thema sind uns noch mehrere Zuschriften zugegangen, von denen Abdruck wir jedoch absehen müssen. Wir enthalten uns der eigenen Meinungsäußerung zu dieser Auseinandersetzung, werden aber künftig eingehende Zuschriften noch strenger als bisher daraufhin prüfen, daß durch sie solche zwecklosen Diskussionen wie diese vermieden werden.

Soziales.

Um das Betriebsrätegesetz.

D. Der Ausschuss hat vor Eintritt der parlamentarischen Weihnachtsferien noch die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes beendet. Die Absicht, dasselbe vor der Vertagung auch noch im Plenum zu erledigen, mußte schließlich infolge des Widerstandes der bürgerlichen Parteien und auch in Rücksicht auf technische Schwierigkeiten, die erforderlichen Drucksachen rechtzeitig fertigzustellen, fallengelassen werden.

Das Betriebsrätegesetz soll nun aber bald nach Neujahr in einer besonderen Sitzung der Nationalversammlung vom 13. Januar an verabschiedet werden. Von der Arbeit des Ausschusses ist weiter mitzuteilen, daß um die in der ersten Lesung haer unstrittigen Punkte noch einmal schwer gekämpft wurde. Je nach ihrer sozialen Zusammensetzung nahmen die bürgerlichen Parteien Anlauf, ihre in der ersten Lesung abgelehnten Verschlechterungsanträge anzubringen, was jedoch auch diesmal, im ganzen betrachtet, nicht gelang.

Die Herabsetzung des Wahlalters von 20 auf 18 Jahre wurde beschlossen, dagegen stimmte eine bürgerliche Mehrheit dafür, das Vertretungsrecht der kleinen Betriebe mit unter 20 Arbeitnehmern dadurch zu beschränken, daß neben drei wählbaren noch mindestens fünf wahlberechtigte Arbeitnehmer für die Wahl eines Betriebsobmannes vorhanden sein müssen, während in den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft mindestens zehn anstatt fünf ständige Arbeitnehmer Bedingung dafür sind. Damit wird die Zahl der vertretungslosen Kleinbetriebe erheblich vermehrt, wogegen die Herabsetzung des Wahlalters keinen vollen Ausgleich gewähren dürfte. Die Umwandlung der Betriebsräte und der Betriebsobleute ist auf ein Jahr herabgesetzt.

Zur Vorlegung einer alljährlichen Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sollen nunmehr Unternehmungen verpflichtet sein, die mehr als 50 anstatt 100 Angestellte oder 300 anstatt 500 Arbeiter beschäftigen. Eine Zahl, die sicher noch viel zu hoch ist. Aus der Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung ist eine Betriebsbilanz und Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung gemacht worden und damit ein Begriff stipuliert, dessen Definierung noch Schwierigkeiten bereiten dürfte. Es soll damit ausgedrückt werden, daß in dieser Aufmachung nur das im Betrieb investierte Kapital und nicht das Privatvermögen des Unternehmers die Grundlage der Berechnung bilden soll.

Wenn vom Schlichtungsausschuss die Wiedereinstellung zu Unrecht entlassener Arbeitnehmer verfügt, vom Unternehmer jedoch abgelehnt wird, ist die von diesem zu zahlende Buße von ein bis zu sechs Zwölftel des letzten Jahresverdienstes für jedes Beschäftigungsjahr, anstatt bis zu drei Zwölftel, erhöht worden.

Arbeitnehmer in Partei-, Gewerkschafts- oder Militärbetrieben sowie in Betrieben, die konfessionellen, wissenschaftlichen, künstlerischen Bestrebungen usw. dienen, sollen keinen Einfluß auf die technische Einrichtung und die Verwaltung des Betriebes haben, demzufolge werden sie auch nicht im Aufsichtsrat solcher Unternehmungen vertreten sein, wie ferner diese auch nicht verpflichtet sein sollen, ihnen eine Betriebsbilanz und eine Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung vorzulegen.

Nach den Beschlüssen des Ausschusses wird das Gesetz in neuer Bearbeitung, übersichtlich in sechs Hauptabschnitte und 106 Paragraphen geordnet, der Nationalversammlung zur Verabschiedung vorgelegt werden.

Eine Organisation der Arbeitsinvaliden.

Am 14. und 15. Dezember tagte in Cassel eine Reichskonferenz der Arbeitsinvaliden, in der die Gründung einer Zentralorganisation beschlossen wurde, welche die Unfall-, Invaliditäts- und Altersrenten umfassen und die Wahrnehmung der Interessen der Invaliden als ihre Aufgabe betrachten soll. Die folgende Resolution wurde von der Konferenz beschlossen:

„Die zur Reichskonferenz in Cassel am 14. und 15. Dezember 1919 vereinigten Invalidenorganisationen Deutschlands erachten es als dringend notwendig, daß bei der Abänderung der Reichsversicherungsordnung und allen Veränderungen von Gesetzentwürfen, die die Interessen der Arbeitsinvaliden betreffen, nicht nur Vertreter der Versicherungsträger, sondern auch die Vertreter des auf der Reichskonferenz in Cassel gegründeten Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden Deutschlands“ heranzuziehen sind, um die Wünsche und Forderungen ihrer Mandatgeber in geeigneter Weise zur Geltung und Kenntnis der maßgebenden Körperschaften bringen zu können.“

Als Beitrag für die Organisation wurden 75 Pf. monatlich festgesetzt. Zum Vorsitzenden wurde Johs. Ullenburg (Frankfurt a. M.) gewählt. Die Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden Deutschlands befindet sich Frankfurt a. M., Bethmannstraße 46, wohin alle Anfragen zu richten sind.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 2. Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig geworden. Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2. Der Verbandsvorstand.

Zentralkommission der Korbmacher.

Vom Unterzeichneten sind die Fragebogen für den Jahresbericht an alle Zahlstellen, wo Korbmacher in Frage kommen, oder an die Sektionsleiter versandt worden. Sollte der Fragebogen an einem Ort nicht eingetroffen sein, so erlaube ich um Nachforderung desselben.

Angenehm erlaube ich die Kollegen, mir mitzuteilen, wo und wieviel Personen in Plünderanstalten beschäftigt werden; begleichen wo Kriegsverletzten Schulunterricht. Wieviel darin beschäftigt werden, auf welche Art Arbeit sie beschäftigt werden, ob es private, kommunale oder staatliche Schulen oder Anstalten sind. Es ist ein großer Teil Kriegsverletzter in diesen Anstalten zur Erlernung der Korbmacherei untergebracht worden, welche alle einmal in unserem Verufe verbleiben sollen, und so ist es notwendig, zu wissen, wieviel unserm Gewerbe zugeführt werden sollen, damit wir mit ihnen in Verbindung treten können.

Um bestige Rückmeldung der Fragebogen sowie der nachstehenden Fragen wird dringend ersucht.

Die Zentralkommission.

J. A. Otto Irrgang, Berlin N. 39, Schönwalder Str. 15.

Zentral-Stellenvermittlung der Bildhauer.

Verlangt: Holzbildhauer nach Berlin (best. bis 3,20 Mk. pro Stunde); Detmold, Braunschweig, Weimar (best. 3,50 Mk.); Wittenberg a. d. Weira (mittl.); Ostold (best. 3 bis 3,50 Mk.). Interessenten wollen sich schriftlich wenden nach Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, „Solzarbeiter-Zeitung“. P. Dupont.

Korrespondenzen.

Sattingen. Während weite Kreise der Arbeiterschaft die Erregenschaften der Revolution, insbesondere den Segen der Arbeiterschaft zu würdigen wissen, gibt es wieder andere, die ihren kämpfenden Arbeitskollegen bei jeder Gelegenheit in den Rücken fallen und dazu noch versuchen, die Kollegen, die an ihr Pflichtgefühl appellieren, zu verspotten und zu verhöhnen. So hatte sich unsere letzte Mitgliederversammlung mit drei „Kollegen“ zu beschäftigen, die trotz aller Ermahnung nicht von der zehnstündigen Arbeitszeit ablassen. Sämtliche Lohnhörsungen, die von der Zahlstelle herausgeholt werden, steckt man schmerzlos ein, aber Pflichten werden nicht übernommen. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Ausschluß der drei beim Verbandsvorstand zu beantragen.

Serzogenau. Nach Beendigung des Krieges hat unsere Zahlstelle gute Fortschritte gemacht, alle Solzarbeiter bis auf zwei sind dem Verband angeschlossen. Unser Lohn ist von 65 Pf. am Ende des Krieges auf 1,70 Mk. pro Stunde gestiegen, ab 1. Januar 1920 beträgt er 1,90 Mk. Daran ist zu erkennen, daß die Meister mit ihrer Lammung durch den Druck unserer Organisation zur Nachgiebigkeit gezwungen waren. Am halsstarrigsten ist die Firma Gök. Wenn sich einzelne Kollegen noch immer mit einem Stundenlohn von 1,25 Mk. zufriedengeben, so ist das bedauerlich. Wir müssen nach Gegebenen durch einiges Zusammenstreben in der Organisation, schloffenheit auch in der Lohnfrage streben, und das kann nur

Reobshüh. Am südöstlichen Gipfel Deutschlands, hart an der Grenze der jetzigen Tschecho-Slowakei, liegt unser schönes Städtchen, schwarz wie die Nacht, voll braver Zentrumsänner. Als der Revolutionssturm durch das Land brauste, beherrschte er auch unser rabenschwarzes Nest, und die Arbeiterschaft begann sich auch hier zu regen. Auch unsere Kollegen wachten auf und erkannten, daß es in diesem stockfinstern Nest heller werden muß. Und nun ist es wohl fast die Kräuter zu hell geworden, das haben sie am 17. Dezember bei der Verhandlung des Schlichtungsausschusses bewiesen. Sie gebärdeten sich wie kopflos, schimpften und rälionierten wie besessen. Und zum Schluß mußten sie sich doch bequemen, den von den Kollegen geforderten Lohn zu zahlen. Sie mußten erkennen, daß es mit der alten Zeit vorbei ist. Den Herren ist es nicht angenehm, daß hier eine Zahlstelle unseres Verbandes existiert; um sie zu zerstören, wollten sie unseren Vorsitzenden beseitigen. Sie würden es gern sehen, wenn er so schnell wie möglich Reobshüh den Rücken lehnen würde. Aber wenn die Kollegen so weiter zusammenhalten, dann wird auch bald der letzte Holzarbeiter sich in den Reihen unserer Kämpfer befinden, was von Nutzen für jeden einzelnen sein kann. Einen Fortschritt haben wir bereits erzielt. Der Stundenlohn beträgt 1,70 Mk. bis 1,90 Mk. Wir wollen weiter, so gut es geht, alles daran setzen, um vorwärtszukommen.

Reubädel (Erzgeb.) Mit dem Stande unserer Zahlstelle könnten wir zufrieden sein, denn wir haben bereits 400 Mitglieder. Leider läßt aber das Interesse der Kollegen für die Bestrebungen des Verbandes noch sehr viel zu wünschen übrig. Damit, daß wir eine Lohnbewegung durchführen, und daß die Löhne der Kollegen erhöht werden, kann es nicht getan sein. Wir haben alle Ursache, uns mit den Grundrissen der Gewerkschaftsbewegung vertraut zu machen, wir müssen uns in den verschiedenen sozialpolitischen Fragen Auffklärung verschaffen. Dazu bieten die Versammlungen Gelegenheit. Diese müssen aber auch von allen Kollegen besucht werden. Sie verfehlen

Ihren Zweck, wenn immer nur wenige Mitglieder erscheinen. Statt die Versammlungen zu besuchen, machen sich manche Kollegen Gedanken darüber, welchen persönlichen Nutzen die führenden Kollegen von ihrer Verbandsfähigkeit haben. Das ist so recht ein Beweis für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Aufklärung. Die Betroffenen können es sich gar nicht vorstellen, daß es Leute gibt, die aus reiner Liebe zur Sache die Arbeit und die Opfer auf sich nehmen, die mit der Verwaltung der Organisation verbunden sind. Zu wünschen wäre, daß alle Kollegen begreifen lernten, daß man nicht den eigenen Vorteil in den Vordergrund schieben darf, sondern daß wir alle zusammenhalten müssen, um das Wohl der Gesamtheit zu fördern. Es darf nicht vorkommen, daß, wie es in einem Betriebe geschehen ist, die Kollegen sich anbieten, freiwillig Überstunden zu machen, ohne Zustimmung. Damit wird die Gesamtheit der Kollegen geschädigt und die Unternehmer werden angereizt, die Bestimmungen des Vertrages zu mißachten. Wie übermühtig die Unternehmer werden, wenn die Arbeiter nicht organisiert sind, haben wir bei der Firma Schmalzfuß gesehen. Weit dort nur wenige Kollegen organisiert sind, konnte es der Unternehmer wagen, den Arbeiterausschuß, der mit ihm verhandeln wollte, die Tür zu weisen. Ganz erfolglos war das Vorgehen zwar nicht, denn die Arbeiter erhielten eine Lohnerhöhung, aber Schmalzfuß hat sich nun einen Arbeiterausschuß nach eigenem Gefallen zusammengesetzt. Eine solche Mißachtung der Arbeiter wäre nicht möglich, wenn alle Kollegen organisiert wären, und wenn alle Kollegen den richtigen gewerkschaftlichen Geist in sich aufwiegen würden.

Tischtiel (Korbmacher.) Bekanntlich standen am hiesigen Ort die Lohnverhältnisse von jeher auf der niedrigsten Stufe. Ein fester Zusammenhalt der hiesigen Korbmacher tat not. Was noch vor einem Jahre für unmöglich schien, ist unter großen Schwierigkeiten gelungen. Es wurde vor Jahresfrist hier eine Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes gegründet. Zwar hat sich erst ein kleines Häuflein zusammengeschlossen. Von diesen wenigen organisierten Arbeitern wurde alles versucht, das zur Verbesserung der Lohnverhältnisse der hiesigen Korbmacher beitragen sollte. Leider ist wenig erreicht worden. Es sind wiederholt Anträge an die Innungsmeister um Erhöhung der sehr niedrigen Löhne gemacht worden, diese wurden aber stets abgelehnt. Wir können unseren Kollegen nur raten, sich desto fester zusammenzuschließen und die unorganisierten Arbeiter durch eine kräftige Agitation unserem Verbande zuzuführen. Denn nur wenn alle hiesigen Korbmacher sich einig und fest zusammenschließen, wird es möglich sein, auch hier andere Verhältnisse zu schaffen. Auswärtige Kollegen werden erlucht, Tischtiel zu meiden. Das dürfte dazu beitragen, die Unternehmer zu Verhandlungen geneigter zu machen.

Unsere Lohnbewegung.

In **Milbing** ist es kürzlich ohne größere Schwierigkeiten gelungen, in den **Bürstenholzfabriken** einen Tarifvertrag abzuschließen. Dagegen ist es in der **Wöbelfabrik von Horstmann** nicht ohne Streit abgegangen. Herr Horstmann verstand es, die Schreiner mit Versprechungen hinzuhalten. Schließlich rief den Kollegen die Geduld und sie stellten am 10. Dezember die Arbeit ein. Während des Streiks ging das Geschäft in andere Hände über. Mit dem neuen Inhaber wurden Verhandlungen aufgenommen, die zur vollständigen Anerkennung des Reichstarifs führten. Als vorläufige Abschlagszahlung wurden 20 Pf. pro Stunde bewilligt. Nun gilt es, die Errungenschaft hochzuhalten. Insbesondere muß auch auf die Durchführung der Lehrlingsbestimmungen geachtet werden.

In **Apenrade** ist es zu einer Verständigung gekommen. Familialer Arbeiter erhalten eine sofortige Lohnerhöhung von 35 Pf. pro Stunde; damit steigt der Stundenlohn unserer Kollegen auf 3,35 Mk. pro Stunde.

In **Arzach**, Zehlfeldle Ram im Bayerischen Wald, sind sämtliche Kollegen der Spulenfabrik Gschler am 16. Dezember in den Streit getreten. Gschler glaubt, daß man heute noch mit 7 Mark pro Tag auskommen könne. Die Forderung lautet: Bezahlung des bayrischen Sägetarifs. Verhandlungen verliefen resultatlos, lediglich 1 Mk. pro Tag wollte Gschler zulegen, was natürlich abgelehnt wurde. Kollegen des Waldes, ihr könnt unter keinen Umständen bei Gschler in Arzach in Arbeit treten. Zugang nach dort ist gesperrt, gebt die Parole zu ganzen Walde weiter.

In **Berlin** wurde mit der Vergolder-Zwangsinnung im Dezember v. J. ein Arbeitsvertrag, bis zum 1. November 1920 geltend, getätigt. Nach diesem beträgt die wöchentliche Arbeitszeit ab 1. Februar 1920 45 Stunden und ab 1. Juni 1920 44 Stunden. Entlassungen von Arbeitern dürfen nur mit Zustimmung des Arbeiterausschusses erfolgen. Die Einstellung und Verwendung von weiblichen Arbeitskräften zur Beseitigung von Männerarbeit ist verboten. Bei Mangel an Beschäftigungsmöglichkeit ist die Arbeitszeit bis auf 22 Stunden in der Woche zu verkürzen. Der Mindestlohn beträgt ab 1. Dezember 1919 3,60 Mk., ab 1. Juni 1920 3,80 Mk., ab 1. Oktober 1920 4 Mk. pro Stunde; der Durchschnittslohn ist je um 40 Pf. höher. Bei Montagearbeiten innerhalb Berlins und außerhalb des Bezirkesverkehrs werden neben der Vergütung des Jahrgeldes 50 Pf. Zuschlag pro Stunde gezahlt. Bei Arbeiten in Orten über den Bezirkesverkehr hinaus und bei Bezug von Nachtanarbeit werden pro Tag 18 Mk. einsch. Sonntags gezahlt. Bei Montage von nicht mehr als fünf Tagen beträgt die Montagevergütung 18 Mk. pro Tag. Von auswärts nach Berlin kommende Montagearbeiter müssen nach den Bestimmungen des Berliner Vertrages arbeiten. Alle im Betrieb beschäftigten Personen, auch die Lehrlinge, erhalten 6 Tage Urlaub. Die Bezahlung hat diejenige Firma zu leisten, bei der die Person innerhalb des Kalenderjahres überwiegend tätig war. Kommt mehrere Firmen in Betracht, übernimmt die Vergolder-Innung die Bezahlung des Betrags. Die Bestimmungen über die Ausbildung und Entschädigung der Lehrlinge sind dem Entwurf des Reichstarifs entnommen, mit der Abänderung, daß die Bezahlung nach dem Durchschnittslohn erfolgt. Der für Förderer festgesetzte ist. Die Anforderungen der Sozialversicherung wurden herabgesetzt zur Durchsicht der Sozialversicherung ist möglich und in besonderen Fällen vom Arbeitgeber zu leisten. Zum Abschluß

dieses Vertrages waren 7 Tage Streik notwendig. Die Arbeitgeber wollten die Nahmenvergolder unter den Allgemeinen Arbeitsvertrag für die Berliner Holzindustrie bringen, was einmütig abgelehnt wurde.

In **Döbeln** hatten die Sägereiarbeiter vom Sägewerk Mahlen bei Döbeln fortgesetzt einen harten Kampf mit dem Unternehmer auszufechten. Auch von den in Dresden durch zentrale Verhandlungen erreichten Teuerungszuschlägen versuchte die Firma wieder 15 Pf. pro Stunde abzuziehen. Daraus legten die Kollegen die Arbeit nieder. Die durch den Arbeiterausschuß veranlaßten erneuten Verhandlungen hatten den Erfolg, daß der Unternehmer die 15 Pf. nun doch bewilligte. Nach vieritägigem Streik wurde dann die Arbeit wiederaufgenommen.

In **Halle** dauert der Streik unserer Kollegen mit unverminderter Festigkeit fort. Übermalige Einigungsversuche, welche am 30. Dezember 1919 stattfanden, waren wieder ergebnislos, weil die Unternehmer den Reichstarif nicht grundsätzlich anerkennen wollen, unsere Kollegen aber trotz löblichem Kampfe unter keinen Umständen darauf verzichten. Eine am 31. Dezember abermals stattgefundene Versammlung der Streikenden beschloß, daß nunmehr auch der letzte Rest der noch vorhandenen ledigen Kollegen, sowie auch derjenigen verheirateten Kollegen, die nicht zur Fortführung des Streiks am Ort bleiben müssen, abreisen. In den letzten Tagen hat bereits eine größere Anzahl von ihnen das Kampffeld verlassen. Bei weiteren Firmen haben in der letzten Woche den Vertrag anerkannt, so daß nun bereits in 40 Betrieben unsere Kollegen zu den Bedingungen des Reichstarifs die Arbeit aufgenommen haben. Von der Welt über 500 Kollegen, welche am 16. September die Arbeit niederlegten, befinden sich gegenwärtig noch ganze 180 im Streik, von denen in den nächsten Tagen eine größere Anzahl abreisen wird. Erneut ersuchen wir die Kollegen im Reich, die Zufuhr von Wöbeln und Musikwerken nach Halle zu verhindern, um den dortigen Kollegen den ohnehin harten Kampf nicht zu erschweren.

In **Lübeck** hatte der Arbeitgeberbund, nachdem die Aussperrung aufgehoben und die Arbeitsaufnahme von den Ausständigen abgelehnt war, uns zum 29. Dezember wieder zu Verhandlungen eingeladen. Als Verhandlungskommission waren fünf Herren aus der Lübecker Metallindustrie und der frühere Schiffsverhandlungsleiter, Herr Rosenquill, letzterer als Zuhörer, erschienen. Obgleich uns die Arbeitgebervertreter, allerdings in etwas anderer Zusammensetzung, die 46stündige Arbeitszeit bereits für den 15. Februar 1920 zugestanden hatten, bemühten sie sich jetzt, uns begreiflich zu machen, daß für einen einzelnen Beruf am Orte keine Ausnahme gemacht werden könne; jedenfalls ein ganz zweckloses Beginnen. Als Verhandlungsbasis wurde uns der vor einigen Tagen in der Lübecker Metallindustrie abgeschlossene Tarifvertrag vorgelegt, was uns veranlaßte, zu erklären, daß wir Verhandlungen nur auf der Grundlage unseres Reichstarifs führen würden. Die Herren haben wohl bald eingesehen, daß mit uns kein Geschäft zu machen sei, denn nach kurzer Sonderberatung gab der Vorsitzende die Erklärung ab: „Die Verhandlungskommission des Arbeitgeberbundes ist nicht in der Lage, von der 46stündigen Arbeitswoche abzuweichen. Die Verhandlungen sind damit gescheitert, ich schließe die Sitzung.“ Unsere Kollegen haben die Zumutung des Arbeitgeberbundes mit Entrüstung zurückgewiesen und sind fest entschlossen, im Kampf auszuharren, um nicht unter die Näher zu kommen. Die Arbeitgeber werden ja sehen, wohin sie mit der „Vertretung ihrer Interessen“ durch den Arbeitgeberbund kommen.

In **Strombing** wurde für Schreiner, Wagner, Maschinenarbeiter eine neue Lohnforderung in Höhe von 50 Pf. pro Stunde gestellt, welche auch in mündlicher Verhandlung mit dem Arbeitgeber erreicht wurde. Der Mindestlohn für Holzarbeiter beträgt 2,50 Mk. pro Stunde; für Sägereiarbeiter gilt der Landestarif zuzüglich der am 21. November in zentraler Verhandlung in München festgelegten Teuerungszulagen. Der Mindestlohn beträgt hier 2,20 Mk. pro Stunde. Ab 1. August 1919 ist die 47stündige Arbeitszeit für alle Holzarbeiter am Orte einschließlich Sägereiarbeiter eingeführt.

Gewerkschaftliches.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der bekanntlich aus Vertretern der Verbandsvorstände zusammengekehrt ist, tagte vom 15. bis 17. Dezember in Berlin. Über die gescheiterten Verhandlungen wurde der folgende Bericht herausgegeben:

Die dritte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte eine so umfangreiche Tagesordnung zu erledigen, daß die vorgesehenen drei Sitzungstage nicht ausreichten und einige wichtige Angelegenheiten für die nächste Tagung zurückgelassen werden mußten.

Der Bericht des Vorstandes lag dem Ausschuß im Druck vor. Derselbe gab Kenntnis von den Vorgängen und Akten anläßlich der Delegation zur internationalen Arbeiterkonferenz in Washington, von der Regelung der gewerkschaftlichen Organisationen im neu-polnischen Gebiet, von den Schenkungen der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, sowie von Verhandlungen über die Stilllegung von Unternehmungen, über Einstellung von Arbeiterkontrollleuten bei der Gewerbeaufsicht, über die Reform der Sozialversicherung sowie über die Ernährungsfragen. Ferner enthält der Bericht sachliche Mitteilungen über die Reorganisation der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände über gewerkschaftliche Anstaltsangelegenheiten an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, über das Zusammenwirken mit sozialpolitischen Körperschaften, Gewährung von Zuschüssen an Arbeitersekretariate, über die Einrichtung gewerkschaftlicher Bezirks-Unterrichtsstufe und über die Arbeitsorganisation im Bureau des Bundesvorstandes.

Die Verhandlungen über den Bericht des Bundesvorstandes wurden in 16 Unterabteilungen eingeteilt. Über die Zentralarbeitsgemeinschaft gab Cohen noch ein besonderes instruktives Referat, das vor allem die Frage der Ausfuhrregelung eingehend behandelte. Die Debatte bewegte sich hauptsächlich um die Schwierigkeiten der Lehrlingsförderung und des Transports, sowie um das Zustandekommen von Arbeitsgemeinschaften in der Landwirtschaft und Binnenwirtschaft. Be-

schlüsse wurden hierzu nicht gefaßt. Hinsichtlich der Teilnahme an der internationalen Arbeiterkonferenz in Washington legte Grafmann nochmals auf Einzelheiten dar, die den Bundesvorstand zu einer Delegation veranlassen und die Umstände, die schließlich das Eintreffen der Delegation in Washington verhinderten. Der Ausschuß stimmte der Auffassung zu, daß die Bedingungen des internationalen Gewerkschaftskongresses zu Amsterdam, unter denen eine Delegation nach Washington zulässig sein sollte, als erfüllt zu achten seien.

Die dem Gewerkschaftsbund angehörigen Angestelltenverbände, die mit anderen Angestelltenverbänden eine Arbeitsgemeinschaft gebildet haben, erstreben anläßlich der Ausgestaltung dieser letzteren zugleich eine Reorganisation derselben. Die Verhandlungen hierüber haben zu keinem positiven Ergebnis geführt, wohl aber zu verschiedenen Vorschlägen, von denen der des Verbandes freier Angestellten die Errichtung einer Angestelltenabteilung im Gewerkschaftsbund zur Wahrnehmung der Angestellteninteressen empfahl, während der Bundesvorstand der Auffassung zuneigte, daß dann die Bildung einer eigenen Zentrale der Angestelltenverbände schon vorzuziehen sei. Die Aussprache hierüber war eine sehr umfangreiche. Ihr Resultat war, daß das Ausschüsse der Angestelltenverbände aus dem Gewerkschaftsbund abgetrennt und dem Bundesvorstand empfohlen wurde, nach Bedarf eine besonderen sachlichen Beamten für die Bearbeitung der Angestelltenfragen einzustellen. Die Verhandlungen über die Aufnahme einer vom Reich beschlossenen Lebenshaltungs- und Lohnstatistik, die 3000 Betriebe umfassen soll, und für die bereits 500.000 Mark bewilligt sind, konnten nicht zum Abschluß gelangen, da über die Zweckmäßigkeit einer solchen Stichprobenaufnahme noch keine ausreichende Klärung besteht.

Infolge von Klagen über Terrorismus und Organisationszwang hat das Reichsarbeitsministerium eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern der verschiedensten Richtungen einberufen, in der man sich nach längerem Hin- und Herreden auf die Veröffentlichung einer den Organisationszwang mißbilligenden Erklärung einigte. Über den Wortlaut dieser Erklärung kam es in der Ausschußsitzung zu Meinungsverschiedenheiten. Eine vom Ausschuß eingesezte Redaktionskommission verlangte, daß bei einer Stellungnahme zum Organisationszwang auch die Selbstverständlichkeit des Konzentrationsprozesses im Organisationsleben und die Notwendigkeit einheitlicher Organisationsmaßnahmen gegenüber dem Unternehmertum betont werden müßten. Der Ausschuß beauftragte den Bundesvorstand, in diesem Sinne weiter zu verhandeln.

Über die Arbeiten eines zur Vorbereitung einer Reform der Sozialversicherung eingesetzten Ausschusses berichtete Wissell. Die Reformen sollen sich auf die dringendsten Forderungen der Versicherten beschränken. Der Ausschuß war mit dem dargelegten Programm einverstanden.

Von Seiten eines Reichsbundes der Invaliden, Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen Deutschlands wurden an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ziemlich weitgehende finanzielle Hilfsansprüche gestellt. Die Vorstand mit Hinweis darauf ablehnte, daß die Gewerkschaften selbst die Vertretung der Interessen der Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen seit jeher übernommen haben und auch in Zukunft nicht aus den Händen geben werden. Der Ausschuß stimmte dieser Auffassung zu.

Cobann berichtete S. Müller über die seitherigen Verhandlungen im Ausschuß der Nationalversammlung für die Betriebsrätefrage, die mehrere Verbesserungen herbeigeführt haben. Die Verabschiedung des Gesetzes im Mennum sei Anfang Januar zu erwarten. Der Bundesvorstand empfahl dem Ausschuß die Ausgabe einer Betriebsräte-Zeitung zur Schulung der in den Betriebsräten tätigen Arbeitervertreter in diesem neuen Aufgabenbereich. Die Notwendigkeit einer solchen Schulung wurde allgemein anerkannt. Die Meinungen gingen indes darüber auseinander, ob ein solches Organ gemeinsam für alle Gewerkschaften herausgegeben werden könne, oder ob die einzelnen Gewerkschaften solche Organe für ihre eigenen Mitglieder einführen. Vielleicht könnten auch Blätter für verwandte Berufsgruppen geschaffen werden. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, sondern dem Bundesvorstand anheimgegeben, zunächst genaue Kalkulationen über die Kosten eines solchen Organs einzuziehen und den Vorständen mitzuteilen.

Die Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse können nach einer Verordnung des Arbeitsamtes vom 3. September 1919 vom zuständigen Demohilfungs-Kommissar auf Antrag einer Partei als rechtsverbindlich erklärt werden. Obwohl sich diese Rechtsbestimmung nach dem Inhalt der fraglichen Verordnung auf die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der Demohilfungsbeschränkung beschränkt, ist sie auch bereits für Tarifschiedsprüche in Anwendung gekommen. Über die Zulässigkeit und Nützlichkeit dieser Rechtsanwendung waren die Meinungen in Gewerkschaftskreisen geteilt. Während Wissell für die Gewerkschaften einen Vorteil erblickte, wurde von Neumann (Holzarbeiter) mit großer Energie der gegenteilige Standpunkt vertreten. Der Ausschuß faßte einen Entschluß über diesen Zwispalt nicht sprach über den Wunsch aus, daß auf eine Beschleunigung der Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen hingewirkt werden möge.

Zur Aufklärung der heimkehrenden Kriegsgefangenen über die Arbeits- und Organisationsverhältnisse in der Heimat hat der Bundesvorstand ein Merkblatt im Umfange eines 16seitigen Heftchens herausgegeben, das in den Sammelstellen der Kriegsgefangenen verbreitet werden soll. Der Ausschuß stimmte dieser Maßnahme zu.

Für den aus der Redaktion des Correspondenzblattes am 1. November d. J. ausgeschiedenen zweiten Redakteur Wilhelm Janison, der als Sozialattaché in der Dienst der schwedischen Gesandtschaft in Berlin getreten, wählte der Ausschuß den seitherigen Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“, August Ouis, in Stuttgart. Dem. Ouis widmeten Grafmann und Staudinger warme Abschiedsworte.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist dem Institut für Gewerkschaftswissenschaften in Frankfurt am Main beigetreten und hat den Gen. Friedrich Franke zum Vertreter bestellt. Der Ausschuß bewilligte für das Institut einen Jahresbeitrag von 1000 Mk.

Zu den von der Sozialen Frauenschule in Berlin veranstalteten Frauentagen zur Ausbildung für die berufliche Arbeiterin in der Wohlfahrtspflege, zu denen auch Arbeiterinnen herangezogen werden sollen, wurde ein Beitrag von 5000 M. bewilligt und die Vorstände ersucht, geeignete Bewerberinnen zur Teilnahme an den Kursen namhaft zu machen.

Für den Deutschen Gewerbeschulverband, dessen Tätigkeit in der Förderung des gewerblichen Fachschulwesens besteht, wurde ein Jahresbeitrag von 100 M. beschlossen. Der gleiche Betrag wurde dem Hauptauschuss für deutsche Jugendherbergen bewilligt.

Der Bundesvorstand unterbreitete dem Ausschuss die Musterfagungen für die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dieselben wurden mit einer redaktionellen Änderung angenommen.

Vom Gewerkschaftskongress waren dem Ausschuss mehrere Anträge betr. Aufhebung des Belagerungszustandes im Industriegebiet und Übernahme der Kosten der Bezirkssekretariate überwiegen. Der erstere Antrag erledigte sich infolge der inzwischen erfolgten Aufhebung des Belagerungszustandes. Hinsichtlich der Kosten der Bezirkssekretariate war der Ausschuss der Meinung, daß deren Übernahme auf die Bundeskasse nicht zu empfehlen sei, vielmehr nur in Bedarfsfällen eine Unterstützung einzelner Sekretariate möglich wäre. In diesem Sinne soll der Bundesvorstand von Fall zu Fall prüfen und helfend eingreifen.

Eine nochmalige Aussprache fand statt über die auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress zu Amsterdam abgegebene Erklärung Cassenbachs hinsichtlich der Schuldfrage am Kriege und der demgegenüber veröffentlichten Erklärung des Bundesvorstandes. Der Ausschuss nahm die beiderseitigen Erklärungen zur Kenntnis und erachtete dieselben durch die Aussprache für erledigt. Dem Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund stimmte er zu und wählte Regien als Vertreter der deutschen und deutschösterreichischen Gewerkschaften.

Sodann beschloß der Ausschuss die Veranstaltung einer Hilfsaktion für die Arbeiterkraft Deutschlands. Es sollen Sammlungen für die deutschösterreichischen Gewerkschaften eingeleitet und den letzteren sofort aus den Kassen der Verbände ein Betrag von 1 Million Mark auf Konto der Sammlungen übermittelt werden.

Da in Arbeiterkreisen vielfach die Arbeit wegen Rohlen- und Materialmangel unterbrochen werden muß, so wurde eine Regelung der Entschädigung der Betroffenen entsprechend der Regelung im Januar 1918 gewünscht. Als zweckmäßig wurde eine Drückelung des Schadens vorgeschlagen, daß die Arbeiter zwei Drittel des Ausfalls vom Arbeitgeber und von der Erwerbslosenfürsorge ersetzt bekommen.

Bei Erledigung mehrerer Anträge wurde dem Anschluß der Internationalen Arbeiterliga an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zugestimmt. Die Loge steht auf gewerkschaftlichem Boden und zählt etwa 4000 Mitglieder. Abgelehnt wurde der Anschluß des Verbandes der Post- und Telegraphenbediensteten. Der Anschluß des Allgemeinen Schwei-

zerverbandes wurde verlagert, weil dieser sich weigert, mit dem Deutschen Landarbeiter-Verband einen Kartellvertrag abzuschließen. Der Anschluß des Verbandes der Wollereifachleute wurde abgelehnt, weil dieser kein bestehendes Kartellvertrag mit dem Landarbeiter-Verband geschlossen hat. Der Anschlußantrag des Wertmeister-Verbandes der Schuhindustrie wurde zurückgestellt, um nähere Ermittlungen einzuziehen.

Die Fragen der passiven Resistenz als gewerkschaftliches Kampfmittel und der Technischen Nothilfe wurden auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung gestellt. Auf Antrag des Bauarbeiter-Verbandes wurde der Bundesvorstand beauftragt, über die Steuerpflicht der Gewerkschaften beim Reichsnotopfer und bei der Einkommensteuer Aufklärung zu schaffen und für die Steuerfreiheit der Gewerkschaften einzutreten.

Neue Leirungszulagen im Buchdruckergerwerbe.

Der Tarifausschuss der Deutschen Buchdrucker war vom 8. bis 13. Dezember in Berlin versammelt und hat über die Entlohnung der Gehilfen wichtige Beschlüsse gefasst. Hiernach ist mit Wirkung vom 15. Dezember eine Leirungszulage zu gewähren, die in den Orten ohne mit 2 1/2 und 5 Prozent Lokalzuschlag mindestens 20 Mark, in allen übrigen Orten mindestens 25 M. pro Woche beträgt. Für die über dem Minimum entlohten Buchdrucker beträgt der Zuschlag mehr, bis zu 28 M. Der Überstundenzuschlag beträgt für die beiden ersten Überstunden 25 Prozent, für die beiden folgenden Stunden 40 Proz., für die weiteren Überstunden 50 Proz. Für die im Buchdruckergerwerbe öfters vorkommende regelmäßige Arbeitszeit außerhalb der Tagesstunden sind besondere Zuschläge vorgesehen. Zugleich wurden die Friedenssätze des Buchdruckerpreistarifs um weitere 100 Prozent erhöht. Das heißt, die augenblicklichen Preise für Buchdruckerarbeiten erfahren eine Erhöhung um 25 Prozent. Die Lohnvereinbarung gilt bis 31. März mit einmonatiger Kündigung. Vorgelesen ist außerdem eine Revision der Lokalzuschläge, also der Ortsklasseneinteilung, die zum 1. Februar in Kraft treten soll. Wenn diese Revision vorgenommen ist, wird der Mindeststundenlohn für einen verheirateten Buchdrucker 2,22 M. betragen.

Verbandstag der Glaser.

In den Tagen vom 7. bis 9. Dezember hielt der Glaser-Verband zu Erfurt seinen Verbandstag ab. Bei der Erörterung des Geschäftsberichts des Vorstandes spielte auch dort die Kriegspolitik der Gewerkschaften eine große Rolle. Mit der gewerkschaftlichen Tätigkeit des Vorstandes war man einverstanden, nicht aber mit der Kriegspolitik der Gewerkschaften und mit der Haltung des Verbandsorgans. Da die Opposition die Mehrheit besaß, wurde ein von Berlin beantragtes Mißtrauensvotum mit 16 gegen 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. In dem Bericht der „Glaser-Zeitung“ wird das Referat des Parteisekretärs Scholz über das Räteystem sehr gerühmt. Auch ein Referat von Heine über den Bauarbeiter-schuss wurde entgegengenommen. Der Verbandsvorsitzende Eichhorn wies in seinem Vortrage über den Reichstaxif darauf hin,

daß die Glaser daran keine Freude haben könnten. Über die Leirungsfrage referierte Müller-Hamburg. Dann beschloß der Verbandstag mit dem Statut. Der Verbandstag beschloß die Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder auf 1,30 M., für weibliche auf 90 Pf. und für jugendliche auf 40 Pf. Entsprechend wurde eine Erhöhung der Unterstützungsätze beschlossen. Die Arbeitslosen-, die Reise- und die Krankenunterstützung wurden gegeneinander ausgerechnet. Der Höchstbetrag dieser Erwerbslosenunterstützung, der in einem Jahre erhoben werden kann, beträgt 208 M., nach 10jähriger Mitgliedschaft. Die Höhe der Streckunterstützung steigt von 2 M. pro Tag nach 13wöchiger Mitgliedschaft bis 5,50 M. nach 10jähriger Mitgliedschaft. Dann wurde beschlossen, den Sitz des Verbandes von Karlsruhe nach Leipzig zu verlegen. Als Vorsitzender wurde Eichhorn mit 19 gegen 13 Stimmen wiedergewählt, an Stelle von Schwerdt, der dem Umzug nicht mitmachen kann, wurde Leipzig zum Hauptkassierer gewählt. Nach einer lebhaften Debatte war beschlossen worden, eine Urabstimmung über den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband vorzunehmen. Später wurde dieser Antrag dahin abgeändert, daß die Urabstimmung vor dem nächsten Verbandstag stattfinden soll, der im Jahre 1922 in Halle tagen wird.

Briefkasten.

Infolge Raummangels mußten mehrere Einsendungen für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.
(Kleiner Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)

In der letzten Zeit sind sehr viel Anforderungen auf Zusendung von neuen Plakaten an den Vorstand eingegangen. Selbst war es unmöglich, die seit längerer Zeit in Bestekung gegebenen Plakate vom Drucker zu erhalten, da infolge Rohlenmangels die Gewerbetreibenden tagelange nur für ganz kurze Zeit Kraftstrom den Werken entnehmen dürfen.

Inzwischen ist auch, wie allen Ortsverwaltungen durch zugesandtes Zirkular bekanntgeworden ist, eine wesentliche Änderung in den Leistungen und Beiträgen geplant. Es würde verfehlt sein, die Herstellung der Plakate jetzt endgültig zu betreiben, und hält es der Vorstand für richtiger, damit zu warten, bis das Resultat der Abstimmung vorhanden ist. Ein Teil der Abgeordneten wünscht den Termin zur Abstimmung auf drei Monate hinausgeschoben, um so in Mitglieder-sammlungen über die gemachten Vorschläge mit den Mitgliedern in Fühlung zu kommen. Über die Hinausschiebung wird der Vorstand in kommender Sitzung Beschluß fassen und diesen Beschluß im Kassensorgan bekanntgeben. Sofern der Vorstand die Hinausschiebung der Abstimmung nicht stattgibt — so ist von den Berliner Verwaltungen beschloßen — solle die Generalversammlung einberufen werden.

Der Vorstand.
G. Blume, Vorsitzender.

Abrechnung des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands für 1919.

Einnahmen					Ausgaben				
	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	Insgesamt		I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	Insgesamt
Saldo-Vortrag vom Jahre 1918	—	—	—	117232,42 1/2	Unterstützung bei Streiks	822,—	31483,95	17422,18	49728,13
Eintrittsgelder	250,—	170,—	91,—	511,—	„ „ Arbeitslosigkeit	15730,—	3879,95	1841,—	21450,95
Beiträge	32371,50	41751,25	49395,10	123517,85	„ „ auf der Reise	120,—	108,80	207,—	436,60
Sonstige Einnahmen	249,78	24133,50	89,53	24472,81	„ „ bei Krankheit	1738,—	1540,50	1368,—	4646,50
Bildhauer-Zeitung, Inserate	173,24	137,98	802,77	1113,99	Agitation der Bezirkskommissionen	393,85	593,20	440,02	1427,07
„ Abonnements	49,34	57,98	155,74	263,06	Lokalkassen, 10 Pf. vom Beitrag	2983,50	8813,70	4508,40	11305,60
„ Sonstiges	—	—	10,—	10,—	Rechtschutz	—	—	16,—	16,—
Darlehen, aufgenommen	—	10000,—	—	10000,—	Sonstige Ausgaben	97,70 1/2	24852,96 1/2	1988,41	26969,08
Lokalkassenbestände	—	—	7212,82 1/2	7212,82 1/2	Darlehen an Verwaltungskassen	50,—	24569,56 1/2	5500,—	30119,56 1/2
Rückzahlung von Darlehen	—	265,20	10215,84	10481,04	Darlehensrückzahlung	—	—	10000,—	10000,—
Zinsen	723,—	1452,50	662,80	2838,30	Rückzahlung an Lokalkassen	1002,09	217,21	300,—	1519,30
Sonstige Einnahmen	—	—	318,20	318,20	Unterstützung in Sterbefällen	515,—	260,—	235,—	1010,—
Summe der Einnahmen	33816,86	77968,41	68953,80 1/2	297971,50	„ „ Notfällen	100,—	100,—	500,—	700,—
Vermögensbestand Dezember 1919.					„ „ bei Umzug	40,—	40,—	875,—	455,—
An Wertpapieren:					„ „ an Kollegen Stahl	150,—	225,—	750,—	1125,—
zum Kurs vom 30. Nov. 1919					Bildhauer-Zeitung, Druck und Expedition	2770,43	4030,66	4012,44	10813,53
2000 M. 3 1/2 % Neue Berliner Pfandbriefe	1540,—				„ „ Redakteurgehalt	450,—	450,—	1125,—	2025,—
3000 „ 3 1/2 % „ „ „	2310,—				„ „ Mitarbeiterhonorare	72,—	65,—	139,—	276,—
0000 „ 3 1/2 % Ostpreussische Provinzial-Anleihe	6400,—				„ „ Abonnements	32,47	38,72	30,10	101,29
0000 „ 5 % Deutsche Reichs-Anleihe	7750,—				„ „ Porto d. Redakt. u. Exp.	42,12 1/2	56,62	76,82 1/2	175,57
0000 „ 4 % Neue Berliner Pfandbriefe	9000,—				„ „ Sonstiges	—	—	19,50	19,50
7000 „ 4 % 1904 Schöneberger Stadtanleihe	6410,—				Agitation des Vorstandes	22,49	173,65	563,13	759,27
20000 „ 4 % Kur-Neumarkt. ritterschaftliche Communal-Obligationen	1860,—				Generalversammlung in Würzburg	—	455,—	8973,27	10428,27
9000 „ 4 % 1904 Berliner Stadtanleihe	15532,50				Delegation zum Gewerkschaftskongress	—	—	255,—	255,—
0000 „ 4 % 1912	8000,—				Beitrag an den A. D. Gewerkschaftsbund	124,75	90,30	428,50	643,55
8000 „ 4 % Sächs. landtschaftl. Provinzial-Pfandbriefe	7720,—				„ „ die Int. Union der Holzarbeiter	—	—	49,80	49,80
9000 M.	83292,50				Vergütung für Vorstandssitzungen	78,—	95,50	93,50	267,—
1 Aktie der Versicherungs-A. G. „Volkfürsorge“	1200,—				Gehalt des I. Vorsitzenden	350,—	350,—	1741,50	2441,50
Konto-Korrent der Mitteldeutschen Kreditbank	1515,—				„ „ II.	750,—	750,—	2800,—	4300,—
Bestand des Postcheck-Kontos	234,70				Leirungszulage der Angestellten	1200,—	1500,—	—	2700,—
„ der Tageskasse des Kassierers	451,87				Beiträge der Angestellten	147,75	147,75	382,63	678,13
	Summa 86694,07				Bureauhilfe	110,—	1320,—	2685,—	4115,—
Residiert und für richtig befunden:									
Berlin, den 19. Dezember 1919.									
Die Liquidationskommission des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands:									
Friedrich Winter, Heinrich Evers, O. Misbach, P. Dupont,									
Ernst Bonebold, Fritz Blum.									
In dem Kassenbestand von 86 694,07 M. sind 10 229,76 M. Lokalkassenbestände enthalten.									
					Summe der Ausgaben	30632,89	101766,80	78777,74	211277,43
					Bestand bei der Uebergabe an den Deutschen Holzarbeiter-Verband	—	—	—	86694,07
						—	—	—	297971,50

Mitgliederstand am Ende des III. Quartals 1919: 3258.
Davon waren: 2488 Holzbildhauer, 444 Stein- und Abasterbildhauer, 304 Modelleure, 22 in andern Berufen tätig.

Als Übergetreten zum Deutschen Holzarbeiter-Verband waren am 1. Oktober 1919 gemeldet:

- Holzbildhauer 2463
- Stein- und Abasterbildhauer 421
- Modelleure 283
- Audere Berufe 16

Summa 3183

* Darunter 14834,16 M. Berlin, 5000 Mark Breslau, 452,44 M. Frankfurt a. M.

Anzeigen der Zahlstellen

Jahresstelle Koburg nicht zum sofortigen Antritt... eine Sozialbeamten Stelle...

Mannheim-Ludwigshafen. Den Bewerbern für die Stelle eines Sozialbeamten für Mannheim-Ludwigshafen...

Ein in der Kriegsgefangenschaft bei Unterzeichnetem beschäftigt gewesener Kollege möchte von sich hören lassen...

Albert Heitbrink, geb. 1889 zu Donaabrück wird gesucht, seine Adresse an die Zahlstelle Raaga i. Mecklbg. zu senden...

Lüdtige Möbelschler auf furnierte Möbel von modern eingerichtet... Möbelwerkstatt...

Gelernte Möbelschler werden für dauernde Beschäftigung gesucht... Sachwerte G. m. b. H. Holzbetrieb Herzberg...

Tüchtige Möbelschreiner für erstklassige furnierte Arbeiten finden sofort bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung...

Tischler auf furnierte Möbel (Speise-, Schlaf-, Herrenzimmer) sofort gesucht... Industrie-Unterrichtsgesellschaft...

Möbelschler für furnierte Arbeiten stellen ein... ein Sonnies & König, Möbelwerkstatt, Großsch. i. Sa., Bez. Leipzig.

Tücht. Möbel- u. Maschinenmalerin gesucht... Möbelwerkstatt Kollingen bei Badisch-Rheinfelden...

Tücht. Möbelschler auf bessere Eichen- und polierte Möbel, selbständig arbeitend...

Tischler, ledige, für weiße und eichene Möbel gesucht... Carl Kühn, Gute Unterf. u. Verpflegung...

10 tüchtige Tischler auf furnierte Möbel und einige tüchtige... Ober auf furnierte Flächen stellt ein...

Bekehrte Möbelschreiner finden Beschäftigung bei Schreinermeister... Aug. Schäfer, Neustadt, Str. Kirchstr., 32. Kassel.

Tüchtige Schreiner finden in unserer neu erbauten Fabrik dauernde Beschäftigung...

Zehn bis zwölf Bau- und Möbelschler ältere, erfahrene... stellen sofort ein bei dauernder Beschäftigung...

Tüchtige Tischler auf bessere Herren- u. Speisezimmer i. dauernde Arbeit bei hohem Lohn...

Werkmeister für Leinwand- u. Stoffdruckerei gesucht... Es kommen nur ältere, im Fach erfahrene Herren in Betracht...

Facharbeiter... gesucht... in der Holzindustrie...

Gesucht 20 Tischlergesellen bei gutem per sofort... Nügensche Möbelwerkstatt...

Tücht. Möbelschler auf bessere Arbeiten sofort gesucht... solche, die sich weiter ausbilden wollen...

Stelle für Tischlergesellen ein... Stundenlohn 2 Mark... für Kost und Logis...

Stüngerer Modellschler sowie 1 Drechsler, welcher schon auf Modelle gearbeitet hat...

5-6 Möbelschreiner für erstklassige furnierte Arbeiten... Speise- und Herrenzimmer werden gesucht...

2 bis 3 Bau- und Möbelschler unverb. Baugehäst... Schmiedeburg (Hhg.).

Tüchtige Möbelschler auf besser furnierte Möbel werden dauernd eingestellt...

Tüchtige Tischler für furnierte und weiße Möbel sofort für dauernd gesucht...

Tücht. Möbelschreiner gesucht... Bezahln. Tarif... für Verpfl. und Wohnung...

Tüchtige Möbelschreiner auf furnierte u. Weichmöbel bei dauernder Beschäftigung...

Wer nimmt einen älteren, fleißigen u. tüchtigen Schreinerlehrling zur weiteren Ausbildung...

Tüchtig Fräser für Holzabsäge sofort gesucht... W. A. Kräber, Holzwerkerei, Coblenz a. Rh.

Zusammenf. d. Möbelgef. dauernde Erstellung... Wegen Wohnungsmangels ledige Bewerber bevorzugt...

Tücht. Maschinenarbeiter, perfekt a. alle Maschinen... sowie ein perfekter Garnierer...

Suche für meine neuingerichtete Möbelwerkstatt 1 selbständ. Maschinenl., 1 Beizer u. Polierer...

Wir suchen zur Bedienung einer Furniermaschinen tüchtigen Arbeiter mit längerer Praxis...

Tischler, Bekker u. Polierer finden sofort Carl Neuberger Söhne, Möbelwerkstatt, Reichenbach im Voglland.

Bodenmacher, Umleimer, Umbaumacher, Polierer für dauernd gesucht...

Perfekte Fertiggolierer für ff. Schwarzarbeiten und Schreiner gesucht!

Philipp's Aktien-Ges. Frankfurt a. M. - West.

Ein Bilderrahmenmalerin gesucht... in der Holzindustrie...

Mehrere Handwerker bei hohem Lohn stellen sofort ein... Köppler & Schmidt, Wetzlar (Rheinland).

Ein tüchtiger Drechsler für sofort oder später gesucht... in der Holzindustrie...

Drechslermeister für Oval- und Rundrahmen von bedeutender Bilderrahmenfabrik...

Tücht. Kastenmacher für unseren erweiterten Betrieb (Kassette- und Wagenbau)...

Schubert & Hohgräbe, Magdeburg-Sudenburg, Ambrosiusplatz 4.

2 tüchtige Stellmachergehilfen finden dauernde Beschäftigung...

2 tüchtige Korbmacher auf La. Weidenmöbel jüngere... Stundenlohn 2,20 bis 2,30 Mark.

Korbmacher auf Grün- und Weißgülden... bei hohem Lohn u. guter Kost...

Gesellarbeiter und Korbmacher für dauernd auf zusammengelegte Export-Rohmöbel...

2 tüchtige junge Korbmacher auf Grün- und Gestellarbeit...

Zwei Korbmacher für dauernd gesucht... Georg Kappel, Waren in Mecklenburg.

Suche für einen Korbmacher auf Geschnitten, tüchtig, junger...

Ellenkehl... in der Holzindustrie...

Alles zur Laubbägerei... Korbweid, Holzbrand, liefert billig!

Speziallatten-Kufen! Esche und Buche gebogen, prima Ware...

Patent... in der Holzindustrie...

Werkzeug-Neuheiten... in der Holzindustrie...

Schellackkitt und Wachskitt... in der Holzindustrie...

Schlagmetall... in der Holzindustrie...

Ein Bilderrahmenmalerin gesucht... in der Holzindustrie...

Mehrere Handwerker bei hohem Lohn stellen sofort ein...

Ein tüchtiger Drechsler für sofort oder später gesucht...

G. HELWIG, FRANKFURT a. Main-West. Bekannte Spezialfabrik für Mattierungen...

Ziehklängen - Nobel... in der Holzindustrie...

Leim- und Furnierlösen... in der Holzindustrie...

Schellack... in der Holzindustrie...

Erro - Säure - Wachsbeizen... in der Holzindustrie...

Ia Mattine, hell, konz., zum Verdünnen mit Spiritus...

Wer liefert Schwed. Maserholz? Gefällige Angebote unter Chiffre...

20 Kubikmeter Nussbaum, 5cm stark, 2 Jahre geschliffen...

Tischlerlofen mit Wärmplatte... in der Holzindustrie...

Tischlerfachschule Jilmeneu i. Thür. Ausbildung schnell und gründlich...

Tischlerschule Blankenburg (Harr) Ausbildung als Kalkulator...

Tischler-Fachschule Detmold Ausbildung zum Meister...

Nolzschnitzschule Warmbrunn Fachschule für Holzschreiner...

Sachschule Cöthen - Abt. Stellmacher... in der Holzindustrie...

Almanach 1920... in der Holzindustrie...

ist nunmehr vergriffen... in der Holzindustrie...

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes...

Dom 'Sachblatt für Holzarbeiter'... in der Holzindustrie...

so daß wir Bestellungen auf Einzelhefte... in der Holzindustrie...

Die Zahlstellenverwaltung... in der Holzindustrie...

Das erste Vierteljahr 1920... in der Holzindustrie...

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes...

Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2